

# Antragsunterlagen vor der Fertigstellung

**GESAMTSCHULE** Duo aus dem Vorstand stellt Plan in Wörlitz vor.

VON ANDREAS BEHLING

WÖRLITZ/MZ - Das Projekt „Gesamtschule im Gartenreich“ ist jetzt von Petra Dräger und Uwe Zimmermann - beide sind Vorstandsmitglieder der im Januar 2009 gegründeten gemeinnützigen Genossenschaft - im Wörlitzer Stadtrat vorgestellt worden. In der Runde war auch zu erfahren, dass voraussichtlich bis Ende Oktober die Antragsunterlagen für das Projekt beim Kultusministerium in Magdeburg eingereicht sein sollen.

Starten soll die Bildungseinrichtung ab dem Schuljahr 2010/11 mit 22 Schülern in einer fünften Klasse. Die finanziellen Planungen sehen vor, dass sich das Schulgeld zwischen 130 und 150 Euro monatlich bewegt. Auf die Frage von Peter Daniel (SPD), ob an eine ausreichende Zahl von Fachkabinetten und die technische Ausstattung für Schülerexperimente gedacht wurde, meinte Zimmermann: „Wir können nicht glauben, dass die Räume

im früheren Oranienbaumer Krankenhaus ausreichen, sondern müssen es dem Land beweisen.“

Deswegen habe man sich sehr eingehend mit dem Zuschnitt des Gebäudes beschäftigt und festgestellt, alle Ansprüche erfüllen zu können. Der Nachweis sei nicht zuletzt notwendig, um von der Deutschen Kreditbank AG den erwünschten Kredit zu erhalten, da das Land die Gesamtschule erst ab dem vierten Jahr ihres Bestehens fördere.

„Wir können nicht glauben, sondern müssen es dem Land beweisen.“

*Uwe Zimmermann  
Vorstandsmitglied*

Zur Größe des Einzugsgebiets, nach der sich Michael Schult (CDU) erkundigte, hieß es, aktuell lägen 120 Anmeldungen vor.

Von denen kommt laut den Angaben des Vorstandsduos ein beachtlicher Teil aus der Evangelischen Grundschule in Dessau. Im Landkreis Wittenberg reicht das Interesse bis nach Bergwitz und Kemberg. Bei allem löblichen Engagement befürchtete derweil Kuno Wendt (SPD), mit der Erhebung von Schulgeld baue sich eine Zwei-Klassen-Gesellschaft auf. Darauf sagte Zimmermann, es bleibe die Entscheidung der Eltern, diese Ausgabe abzuwägen.

Im Übrigen seien auf verschiedenen Feldern Gegenleistungen möglich, wenn das Schulgeld in Einzelfällen nicht komplett erbracht werden könne, unterstrich der Oranienbaumer. Von einer 100-prozentigen Alimentierung wolle man jedoch absehen. Michael Schult fand, dass der monatlich zu zahlende Obolus ja nicht der Genossenschaft anzulasten sei. „Das ist kein Problem der Leute, die Initiative zeigen, sondern eines der gesellschaftlichen Zustände“, sagte er.